



REGISTER BERLIN MITTE - AUSWERTUNG 2015

Inhaltsverzeichnis

1. Was ist das Berliner Register?.....	3
2. Auswertung.....	5
2.1. Die rechte Szene im Bezirk Mitte	5
2.2. Statistische Übersicht	7
2.2.1. Art und Häufigkeit der Vorfälle	9
2.2.2. Motivlage	10
2.2.3. Örtliche Verteilung	12
2.3. Besondere Einzelaspekte	13
2.3.1. Angriffe auf Flüchtlingsheime.....	13
2.3.2. Schändung von Denkmälern.....	14
2.3.3. Internet.....	14
2.3.4. Öffentlicher Nahverkehr.....	15
2.4. Monatliche Verteilung.....	16
2.5. Vergleich gegenüber dem Vorjahr	16
3. Aussichten für 2016	17

1. Was ist das "Berliner Register"?

Register sind Dokumentationen von rassistisch, antisemitisch, antiziganistisch, LBGTIQ-feindlich, rechtsextrem und anderen diskriminierend motivierten Vorfällen, die sich im gesamten Berliner Stadtgebiet ereignen. Diese Vorfälle werden von BürgerInnen bei verschiedenen Anlaufstellen, die über die Bezirke verteilt sind, gemeldet und an die Koordinierungsstellen der Register weitergeleitet. Dort werden sie gesammelt, ausgewertet und veröffentlicht.

Durch die Dokumentation und Analyse der dokumentierten Vorfälle soll versucht werden, die Diskriminierung im Alltag auf lokaler Ebene besser sichtbar zu machen. Im Gegensatz zu bestehenden Statistiken berücksichtigen die Register daher nicht nur strafrechtlich relevante Vorfälle wie *Sachbeschädigungen* oder *Angriffe*, sondern es werden auch niedrigschwellige Vorfälle aufgenommen, wie das Anbringen von diskriminierenden Parolen, Beleidigungen und Bedrohungen sowie Vorfälle, die aus unterschiedlichen Gründen nicht zur Anzeige gebracht wurden oder nicht in das Blickfeld offizieller Stellen gerückt sind. Das Registrieren solcher Vorfälle in lokalen Anlaufstellen schafft für die Betroffenen einen Raum, in dem sie ihre Erlebnisse schildern können und mit ihren Problemen nicht alleine gelassen werden. Durch die Veröffentlichung der Vorfälle und die aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am Register wächst das Interesse für die Problematik der Diskriminierung, insbesondere in der eigenen Nachbarschaft. Das Gefühl, selbst auch betroffen sein zu können oder die Betroffenen zu kennen, führt zu mehr Solidarität gegenüber jenen Menschen, die Diskriminierung und Ausgrenzung ausgesetzt sind.

Das Register Berlin wurde 2005 gegründet und war zunächst auf die Ostberliner Bezirke Pankow und Lichtenberg begrenzt. Damals begann ein Aufbauprozess, der seit mehr als zehn Jahren andauert: Im Jahr 2013 nahmen die Bezirke Charlottenburg-Wilmersdorf und Neukölln ihre Arbeit auf und im August 2015 folgte der Bezirk Reinickendorf. Steglitz/Zehlendorf ist der einzige noch fehlende Stadtbezirk und soll aber absehbarer Zeit auch eine Koordinierungsstelle erhalten. Mit einem geschlossenen Erfassungsgebiet das sich auf das gesamte Stadtgebiet bezieht, kommt der Aussagekraft der gesammelten Erkenntnisse ein noch größeres Gewicht zu.

Die seit August 2014 in Berlin Mitte bestehende Koordinierungsstelle wird von NARUD e.V. als Träger geleitet. NARUD e.V. ist Migrant*innenorganisation, die sich u. a. für Integrationsförderung, entwicklungspolitische Bildung und Entwicklungszusammenarbeit einsetzt und das Ziel verfolgt, dass sich Migrant*innen in Berlin als voll akzeptierter Bestandteil in der Gesellschaft erfahren können. Es ist daher ein selbsterklärtes Anliegen von NARUD e.V. dazu beizutragen, alle Formen von Diskriminierung und Ausgrenzung in aufklärerischer Weise sichtbar zu machen und zu überwinden. Die Koordinierungsstelle in Berlin Mitte erfasst die gemeldeten Vorfälle gesondert nach den Ortsteilen *Gesundbrunnen*, *Tiergarten*, *Wedding*, *Moabit*, *Mitte* und dem *Hansaviertel*. Vorfälle, die im Internet stattfinden und deren Ursprung eindeutig Berlin Mitte zugeordnet werden kann, werden ebenfalls ins Register aufgenommen.

Die Erfassung von Vorfällen erfolgt durch die Recherche der Mitarbeiter, durch die Zusammenarbeit mit Vereinen und Organisationen, welche sich für Migrant*innen einsetzen und durch direkte Bürgermeldungen von Anwohnern und Betroffenen aus dem Kiez. Wichtigste Quelle für die Registermeldungen ist die Berliner Polizei, deren Pressestelle immer bereitwillig Auskunft gab. Die Berliner Polizei verbreitet auf ihrer Webseite ständig "aktuelle Meldungen"¹ über die in Berlin vorgekommenen Straftaten und Verkehrsunfälle. Allerdings ist das polizeiliche Meldungsaufkommen höchst problematisch: Die Berliner Polizei veröffentlicht nur eine Auswahl

¹ <https://www.berlin.de/polizei/polizeimeldungen/>

der tatsächlichen Vorfälle, also nur die gravierendsten Fälle. Oft wenden sich die Opfer von Diskriminierung nicht an die Polizei. Vor allen Asylsuchenden meiden oft den Kontakt zur Polizei wegen negativer Erfahrungen, die sie in ihren Herkunftsländern und auf den Weg nach Deutschland mit „Menschen in Uniform“ gemacht haben. Sie sind eher bereit, sich hilfeschend an Hilfsorganisationen oder Beratungsstellen zu wenden. Hier stellen die Registerstellen ein passendes Angebot dar.

Aufschlussreich sind auch die Antworten des Berliner Senats auf parlamentarische Anfragen im Abgeordnetenhaus, insbesondere durch die Abgeordnete Clara Hermann.² Zusätzliche wichtige Quellen sind das "Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus" (JFDA) und die "Recherche und Informationsstelle Antisemitismus" (RIAS), die zahlreiche Informationen direkt aus der jüdischen Gemeinde beziehen und die von der Polizei nicht erfasst werden. Eine weitere wichtige Informationsquelle stellen die verschiedenen migrantischen Vereine dar, wie beispielsweise der für kulturelle Integration von Muslimen engagierte Verein "Inssan" (deutsch: human sein) oder der "Verein für Demokratische Kultur" (VdK). Als zentrale Erfassungsstelle von Register Berlin ist die Opferberatungsstelle ReachOut ebenfalls sehr aktiv bei der landesweiten der Erfassung von Vorfällen. Einige Meldungen finden auf persönlichem Wege statt und wurden telefonisch, online oder per Post vorgenommen. Dazu wurden im Verlauf des Jahres 2015 auf Landesebene neue Meldebögen entwickelt und veröffentlicht.

Um die fremdenfeindlichen oder diskriminierenden Hintergründe eines Vorfalls zweifelsfrei festzustellen, wird Wert darauf gelegt, einen Vorfall möglichst mit mehreren Quellen zu belegen. Einige Vorfälle, die infolge einer polizeidienstlichen Erfassung nicht auf Anhieb einen diskriminierenden Hintergrund erkennen lassen, werden so bei der näheren Prüfung relevant, wenn beispielsweise belegt werden konnte, dass einem Raub oder einer Körperverletzung eine rassistische Anfeindung vorausging.

Da das Register von seinem Informationsaufkommen lebt, wurde im Verlauf des Jahres 2015 die Plakataktion "Schau nicht weg" gestartet. Parallel hierzu wurde in Zusammenarbeit mit dem „Afrikanischen Muslimkreis" (AMK) und dem syrischen Ärzte-Verein "Alkawakibi" - in der Yunus Emre Moschee im Wedding zwei Veranstaltungen für den interreligiösen Dialog durchgeführt, bei denen das Register Berlin Mitte einem größeren Publikum vorgestellt wurde.

Die Finanzierung des Registers wird u. a. getragen von der "Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen" und dem Landesprogramm „Demokratie, Vielfalt, Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus" aus dem Jahr 2008. Damit wurde für Berlin erstmals eine gesamtstädtische Strategie für diese Auseinandersetzung festgeschrieben.

² Siehe z. B.: http://www.clara-herrmann.net/sites/default/files/rassistische_angriffe_gegen_gefluechtete_und_unterkuenfte_fuer_gefluechtete_in_berlin_2015_ii.pdf

2. Auswertung

2.1. Die rechte Szene im Bezirk Mitte

Der Berliner Bezirk "Mitte"³ nimmt eine Fläche von 39,47 qkm ein und gliedert sich in die sechs Ortsteile Gesundbrunnen, Hansaviertel, Mitte⁴, Moabit, Tiergarten und Wedding. In dem Bezirk leben 356.506 Einwohner (Stand: 31.12.2014). Der Ausländeranteil lag damals bei 28,2 Prozent. Der Bezirk zeichnet sich durch zwei Besonderheiten aus: Am Spreebogen liegt das Regierungsviertel und entlang der Straße Unter den Linden und der Friedrichstraße erstreckt sich die alte Innenstadt, die ein Zentrum des Berlintonourismus ist.

Politikwissenschaftler unterscheiden zwischen rechtspopulistisch, rechtsradikal und rechtsextrem, aber bei den Demonstrationen der "BärGiDa"-Bewegung oder der "AfD" vereinigen sich diese verschiedenen Strömungen längst zu einer einzigen braunen Masse. Nach Jahrzehnten der Zersplitterung haben die verschiedenen rechten Gruppierungen ein gemeinsames Politikfeld ausgemacht, und sie eint ein gemeinsames Ziel: "Weg mit Merkel!". Diese Entwicklung ist politisch brisant, und sie lässt für die Zukunft nichts Gutes erahnen.

Ein Merkmal des Bezirks Mitte ist, dass die rechtsradikale/rechtsextreme Szene hier keine Infrastruktur im Sinne eines Parteibüros oder einer Gaststätte hat. Die im Bezirk wohnenden Neonazis verkehren daher in anderen Stadtbezirken, wo sie ihre Straftaten begehen.⁵

- "Alternative für Deutschland"

Der Berliner Landesverband der "AfD" hat seine Zentrale in der Schillstraße Nr. 9. Als Vorstandssprecher fungierte 2015 Günter B. J. Brinker.⁶ Mit dem Austritt des Parteigründers Bernd Lucke im Juli 2015 wandelte sich die Partei vom Wirtschaftsliberalismus zum Rechtspopulismus, und befindet sich weiterhin in einem Prozess der Radikalisierung. Mit der stellvertretenden Bundesvorsitzenden und Europaabgeordneten Beatrix von Storch nimmt eine Berlinerin eine führende Position innerhalb der Partei ein. Sie wurde bundesweit bekannt durch ihre Forderung, Bundespolizisten sollten bei einem illegalen Grenzübertritt Frauen und Kinder erschießen.⁷ Am 5. November 2015 führte die "AfD" in Berlin-Mitte eine Großdemonstration mit 5.000 Teilnehmern aus dem gesamten Bundesgebiet durch, dagegen protestierten rund 1.100 Gegendemonstranten.⁸ Mittlerweile wurde die "AfD" selbst zum Ziel eines Angriffs: Am 26. Oktober 2015 wurde in Berlin-Mitte (Swinemünder Straße) das Auto von Frau Storch angezündet.

³ <http://www.berlin.de/ba-mitte/ueber-den-bezirk/>

⁴ Der Ortsteil "Mitte" ist somit ein Teil des Bezirks "Mitte". Zur besseren Unterscheidung ist hier der Bezirk immer mit dem Namen "Berlin-Mitte" beschrieben und der Ortsteil einfach als "Mitte".

⁵ Wir verweisen hier auf die einschlägige Literatur, z. B.: N.N.: Fight Back #5 - Neonazis in Berlin Brandenburg, Berlin, April 2013, S. 55f., Online: <https://www.antifa-berlin.info/sites/default/files/dateien/artikel/fightback05.pdf>

⁶ Seit dem Landesparteitag am 16. Januar 2016 agieren Beatrix von Storch und Georg Pazderski als neue Doppelspitze. Allerdings wird die Wahl wegen Betrugsvorwürfen angefochten. Die parteiinternen Auseinandersetzungen dauerten bei Redaktionsschluss noch an. Siehe: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/afd-berlin-querelen-um-betrugsvorwurf-bei-vorstandswahlen/13005282.html>

⁷ <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-beatrix-von-storch-schiessbefehl-aeusserung-loest-entsetzen-aus-a-1074937.html>

⁸ N.N.: Auseinandersetzungen bei Protesten gegen AfD-Demo, Rundfunk Berlin-Brandenburg, Online, Berlin, 7. November 2015, o. S., Online: <https://www.rbb-online.de/politik/beitrag/2015/11/AfD-Demo-Berlin-Gegendemonstration.html>

- "BärGiDa"

Der Berliner Ableger der rechtspopulistischen "PEGIDA"-Bewegung nennt sich "Berliner Patrioten gegen die Islamisierung des Abendlandes" (BärGiDa) mit einer Geschäftsstelle in der Holzhauser Str. 177. Das rechtspopulistische Sammelbecken wird von Dr. Karl Schmitt geleitet, der früher für die CDU in der Bezirksverordnetenversammlung in Berlin-Pankow saß. Nach seinem Austritt aus der CDU gründete er im August 2008 zunächst den Verein "Die Patrioten", aus dem dann im Januar/Februar 2015 "BärGiDa" hervorging. Die "Ordnertuppe" wurde zumindest in der Vergangenheit vom "Bündnis Deutscher Hools" unter Führung von Enrico Schottstädt gestellt. "BärGiDa" veranstaltet regelmäßig eine Montagsdemo vor dem Hauptbahnhof mit rund 100 Teilnehmern. Die Veranstaltungen dienen als Treffen für verschiedene rechtsgerichtete Minigruppierungen: "Die Identitären", "Pro Deutschland", "Reichsbürger", "Wir für Berlin" und die "NPD".

Es fanden insgesamt 52 "Abendspaziergänge" statt, wovon 51 am Hauptbahnhof im Tiergarten starteten.⁹ Dort fand zunächst eine Kundgebung statt und anschließend marschierten die Teilnehmer durch die benachbarten Stadtteile Innenstadt oder Moabit oder sie fuhren mit der U-Bahn zu ihren Zielorten und führten dort ihre Demonstration durch. (Anmerkung: Nur in einem Fall (19. Januar) startete der Abendspaziergang nicht am Hauptbahnhof. Hier führte die Demonstration durch die Berliner Innenstadt.)

Die Veranstaltungsreden zeichnen sich durch ihren extraordinären Verbalradikalismus aus. So erklärte der Stammredner "Mario":

"Aber die Herrschenden kehren sich einen Dreck um Recht, Gesetz und den Willen des Volkes. Sie kehren sich einen Dreck um das Grundgesetz, sie kehren sich einen Dreck um die Verpflichtungen aus der deutschen Geschichte. Im Gegenteil, sie verschärfen die Gangart auf ihrem verbrecherischen Weg. Sie werden uns und ganz Europa am Ende mit ihrer Politik in den Bürgerkrieg ziehen und damit das deutsche Volk endgültig in den Untergang führen. Erst über die Ausrufung von Katastrophenschutzmaßnahmen, dann wird es den Notstand geben und zuletzt das Kriegsrecht. (...)

Wir, das Volk dürfen nicht abermals zusehen, wie unsere "Führer", ja man kann inzwischen sagen, unsere faschistoiden Führer den Untergang beschließen. Also. Arbeiten wir ab sofort darauf hin, dass wir so schnell wie möglich einen Generalstreik organisieren. Sehen wir außerdem zu, dass wir der Regierung ab sofort die finanziellen Mittel für ihre verbrecherische Politik entziehen. Leisten wir ab heute, jeder für sich und alle gemeinsam täglich den kleinen Widerstand, wo er nur geht. Machen wir auch von unseren Möglichkeiten Gebrauch, die uns unsere Gesetze so und so zugestehen. Ich denke da auch an § 34 des Strafgesetzbuches, dem "Rechtfertigenden Notstand". Da heißt es: Wer in einer gegenwärtigen, nicht anders abwendbaren Gefahr für Leben, Leib, Freiheit, Ehre, Eigentum oder ein anderes Rechtsgut eine Tat begeht, um die Gefahr von sich oder einem anderen abzuwenden, handelt nicht rechtswidrig."¹⁰

Der Berliner Verfassungsschutz nennt die Bewegung einen "bürgerlichen Deckmantel für Rechtsextremisten" und kommt zu folgender Einschätzung der politischen Entwicklung der neuen Bewegung:

⁹ Eine Montagsdemonstration in der Gründungsphase der BärGiDa startete anscheinend nicht am Hauptbahnhof, führte aber durch den Ortsteil Mitte und wurde daher dort verbucht.

¹⁰ http://baergida.net/wp-content/uploads/2015/10/Rede_Mario_39.pdf

"An der ersten „Bärgida“-Demonstration beteiligten sich mit 500 Teilnehmern noch sehr viele (nichtextremistische) Bürger. Die Teilnehmerzahlen aus dem bürgerlichen Spektrum waren jedoch schnell rückläufig, was sicherlich auch auf die durch teilnehmende Rechtsextremisten gestellten Redner und entsprechende Positionierungen zurückzuführen ist. Aktuell werden die „Bärgida“-Demonstrationen klar von Rechtsextremisten dominiert."¹¹

2.2. Statistische Übersicht

Das Register in Berlin-Mitte dokumentierte im Jahr 2015 insgesamt 196 Vorfälle! Das entspricht einem Anstieg um 148 Prozent. Die Zunahme betraf alle Bereiche, lediglich beim Antiziganismus konnte ein geringfügiger Rückgang beobachtet werden. Den größten Anteil an dieser Steigerung ist auf die rechtspopulistischen "BärGiDa"-Montagsdemonstrationen zurück zu führen. Damit ging ein erheblicher Anstieg des (*antimuslimischen*) *Rassismus* (von 26 auf 94) einher.

Insgesamt überwogen die propagandistischen Aktionen gegenüber den realen Gewalttaten, dadurch darf man sich dennoch nicht täuschen lassen: Bei den tätlichen *Angriffen* gegenüber Personen wurde eine Erhöhung um immerhin 50 Prozent (von 40 auf 60 Vorfälle) registriert; die Gewalt gegen Sachen stieg gar um 133 Prozent (von 9 auf 21).

Mit der Vielzahl der propagandistischen Veranstaltungen nahmen zugleich die politischen Spannungen erheblich zu, schließlich dienen solche Veranstaltungen der Zurschaustellung des eigenen politischen Profils und der Abgrenzung gegen Andere. So stiegen die Vorfälle *Rechter Selbstdarstellung* ebenso wie die Zahl der *Beleidigungen*. Was das Erfassungsgebiet anbelangt, gab es gegenüber 2014 mehrere Veränderungen: In den Stadtteilen *Tiergarten* und *Moabit* nahmen die Vorfälle sprunghaft zu, während sie im Ortsteil *Hansaviertel* auf geringem Niveau stagnierten und in *Gesundbrunnen* geringfügig abnahmen.

Zu den besonderen Vorkommnissen 2015 gehörte sicherlich die Anschlagsserie im Regierungsviertel: Ein rechtsextremer Musiklehrer aus Steglitz verübte unter der fiktiven Bezeichnung "Deutsche Widerstandsbewegung" mehrere Brandanschläge auf das Bundeskanzleramt (8.7.), den Amtssitz des Bundespräsidenten Schloss Bellevue (24.5.) und das Paul-Löbe-Haus des Bundestages (22.3. und 20.4.).¹² Auch ein "Kampfkommando Stauffenberg" drohte mit einem Anschlag gegen das Bundeskanzleramt (5.12.).¹³ Außerdem gab es am 10. Mai einen Sabotageakt gegen die Flüchtlingsnotunterkunft der "Stadtmission" in der Kruppstraße (Moabit): an einer Traglufthalle wurde ein Bolzen der Halterung entfernt.

Die Vorfälle wurden nach verschiedenen Kriterien kategorisiert. Als wichtigste Kriterien sind die zeitliche Zuordnung (Jahr), die Art und Schwere des Vorfalls, die inhaltliche Ausrichtung (Motiv) und der Ort eines Vorfalls zu nennen. Eine Übersicht in Zahlen kann nachfolgender Tabelle entnommen werden.

¹¹ Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Abteilung Verfassungsschutz: Rechtsextremistische Aktivitäten gegen Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte in Berlin, Berlin, November 2015, S. 17, Online:

<https://www.berlin.de/sen/inneres/verfassungsschutz/aktuelle-meldungen/2015/artikel.427663.php>

¹² N.N.: Musiklehrer gesteht Brandanschläge auf Bundeskanzleramt, Berliner Morgenpost, Berlin, 10. Juli 2015, o. S., Online: <http://www.morgenpost.de/berlin/polizeibericht/article205461767/Musiklehrer-gesteht-Brandanschlaege-auf-Bundeskanzleramt.html>

¹³ N.N.: "Kampfkommando Stauffenberg" vorm Bundeskanzleramt, Register Berlin, Berlin, 5. Dezember 2015, o. S., Online: <http://www.berliner-register.de/vorfall/mitte/kampfkommando-stauffenberg-vorm-kanzleramt/3460>

Jahr	2014	2015	Jahresvergleich
Art			
Angriff	40	60	+20
Bedrohung/Beleidigung/Pöbelei	12	20	+8
Propaganda	2	23	+21
Sachbeschädigung	9	21	+12
Veranstaltung	16	64	+48
Sonstiges	0	7	+7
Summe	79	196	+117
Motiv			
Antisemitismus	32	39	+7
Antiziganismus	3	1	-2
Behindertenfeindlichkeit	1	1	+1
LGBTIQ ¹ Feindlichkeit	10	15	+5
Sozialchauvinismus	0	2	+2
Politischer Gegner	4	22	+18
Rassismus	26	39	+13
Antimuslimischer Rassismus / Moslemfeindlichkeit ²	-	58	+58
Rechte Selbstdarstellung	1	14	+13
Verharmlosung des Nationalsozialismus	1	4	+3
Sonstiges	1	1	+0
Ort			
Gesundbrunnen	6	2	-4
Hansaviertel	2	2	+0
Mitte ³	41	55	+14
Moabit	6	19	+13
Tiergarten	14	92	+78
Wedding	7	21	+14
Internet ⁴	1	4	+3
Ohne Angabe	0	1	+1

Anmerkungen (1) LBGTIQ ist eine englische Abkürzung für verschiedene Menschengruppen, die aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Sexualität oder ihrer Lebensweise von Diskriminierung und Angriffen betroffen sind. LBGTIQ steht dabei für "Lesbian, Bisexual, Gay, Transgender, Intersexuals und Queer", (2) Die Kategorie "muslimischer Rassismus" wurde erst 2015 eingeführt, eventuelle Vorfälle im Jahr 2014 wurden damals der Rubrik "Rassismus" zugeordnet, (3) mit "Mitte" ist hier nur der Ortsteil und nicht der gleichnamige Stadtbezirk als Ganzes gemeint, (4) Vorfälle im Cyberspace werden nur dann in dieser allgemeinen Kategorie "Internet" erfasst, wenn der Täter von den Sicherheitsbehörden nicht lokalisiert werden konnte. In vier weiteren Fällen (8.8., 17.8., 25.8. und 6.11.) konnten die virtuellen Angriffe bestimmten Ortsteilen (Wedding, Moabit bzw. Mitte) zugeordnet werden und wurden daher dort verbucht.

In der zweiten Jahreshälfte herrschten an der Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge des Landesamtes für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) in der Turmstraße (Moabit) chaotische und inhumane Verhältnisse. Flüchtlinge mussten über Wochen jeden Tag stundenlang anstehen, um überhaupt einen Termin zur Registrierung zu bekommen. Die medizinische Versorgung der erkrankten und oft traumatisierten Flüchtlinge brach zeitweise zusammen. Nach wochenlangen Protesten - auch seitens der Berliner Lokalzeitungen - wurde der LAGeSo-Präsident Franz Allert

am 9. Dezember 2015 in den einstweiligen Ruhestand versetzt¹⁴. Einer damaligen Aufforderung des Regierenden Bürgermeisters Michael Müller (SPD) an den Sozialsenator Mario Czaja (CDU), er möge sein Amt doch für einen kompetenteren Nachfolger räumen, kam letzterer bisher nicht nach.¹⁵ Die katastrophalen Verhältnisse führten zu wiederholten Auseinandersetzungen zwischen Flüchtlingen und dem "Security"-Personal, es gab mehrere Verletzte und wechselseitige Strafanzeigen. Ob das Sicherheitspersonal situationsbezogen und verhältnismäßig reagierte oder aber aus rassistischen Motiven heraus handelte, wird die Justiz noch zu klären haben. Da für eine rassistische Einstufung die gegenwärtige Beweislage nicht ausreicht, wurden diese Vorfälle nicht in das Register 2015 aufgenommen, sie sollen aber hier vollständigkeithalber erwähnt werden.

2.2.1. Art und Häufigkeit der Vorfälle

In einer Selbstdarstellung heißt es: "Ziel der Register ist aber nicht nur die Dokumentation und Analyse von rechtsextremen Vorfällen, sondern auch das Sichtbarmachen von Diskriminierung im Alltag auf lokaler Ebene. Im Gegensatz zu bestehenden Statistiken beziehen Register daher nicht nur anzeigerelevante Vorfälle wie *Sachbeschädigungen* und *Angriffe* ein, sondern es werden auch niedrigschwellige Vorfälle aufgenommen, wie Aufkleber, Beleidigungen und Bedrohungen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht zur Anzeige gebracht werden. Das Registrieren solcher Vorfälle in lokalen Anlaufstellen schafft für die Betroffenen einen Raum, in dem sie ihre Erlebnisse schildern können und mit ihren Problemen nicht allein dastehen."¹⁶

Den ersten Rang der Vorfälle nahmen die 64 *Veranstaltungen* ein. Berlin-Mitte ist aufgrund seiner zentralen Lage und seiner historischen Bedeutung ein bevorzugter Schauplatz für Veranstaltungen in Form von Demonstrationen und Kundgebungen, so dass hier diskriminierende und fremdenfeindliche Vorfälle im Zusammenhang mit Veranstaltungen grundsätzlich häufiger auftreten als in anderen Stadtteilen. Die räumliche Nähe zu Vertretern der Politik und Personen des öffentlichen Interesses trägt zusätzlich zu einer Häufung bei.

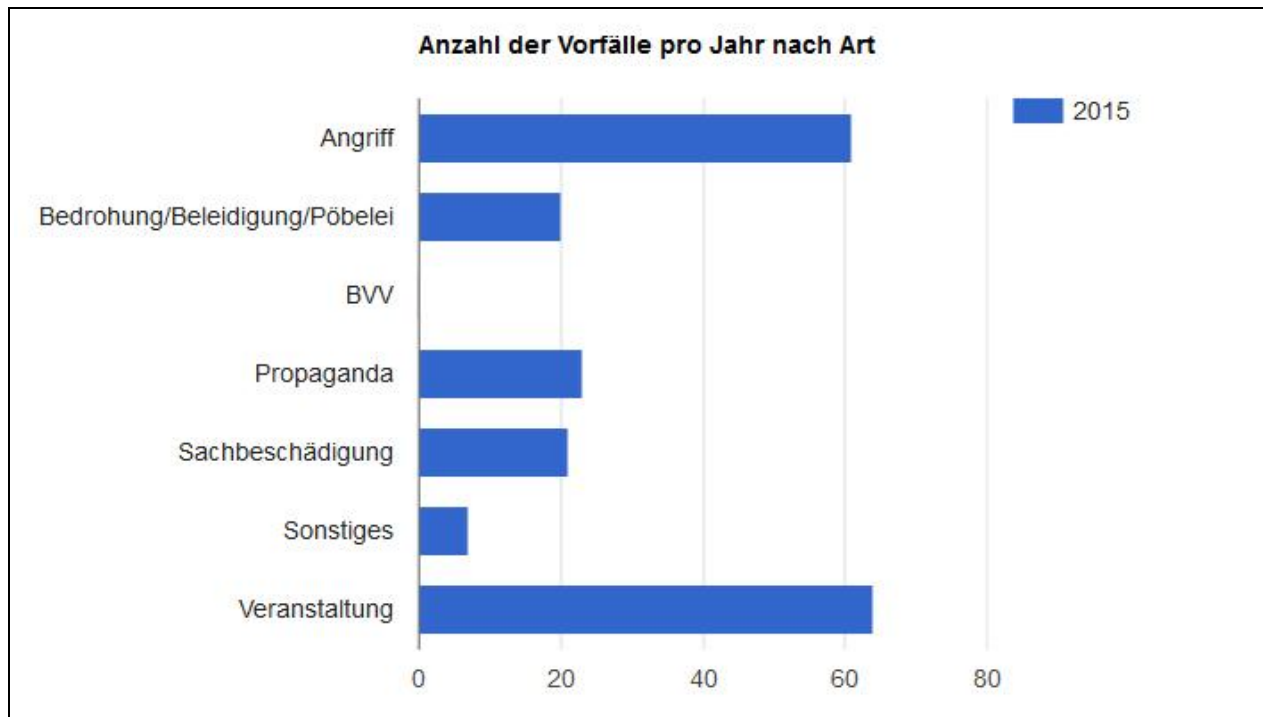
An zweiter Stelle folgten die 60 *Angriffe*, bei denen die Opfer auf diskriminierende Weise verletzt wurden, obwohl das Milieu der organisierten rechtsextremen Szene eher außerhalb der Stadtmitte Berlins angesiedelt ist. Zu den *Angriffen* auf Personen zählt das Register Berlin alle Formen von versuchter bzw. vollzogener körperlicher Gewalt. In vielen Fällen wurden die Opfer von *Angriffen* im Vorfeld bedroht oder beleidigt. Während bei den *Bedrohungen* und *Beleidigungen* sehr unterschiedliche Bevölkerungsgruppen angefeindet wurden, richteten sich die tatsächlichen *Angriffe* vor allem gegen migrantische Bevölkerungskreise

Mitinigem Abstand rangierten an dritter Stelle die 23 *Propaganda*-Delikte. Solche Vorfälle sind im Bezirk Berlin-Mitte weniger auffällig, da hier die *Propaganda* nicht als isolierte Aktion sondern im Rahmen von *Veranstaltungen* durchgeführt wird. Bei den 21 *Sachbeschädigungen* handelte es sich oft um Schmierereien von Hakenkreuzen in öffentlichen Räumlichkeiten sowie Beschädigungen und Textschmierereien an jüdischen Denkmälern und Einrichtungen. Gleich dahinter folgten mit 20 Fällen die *Bedrohungen und Beleidigungen*, die nicht zu einem tatsächlichen *Angriff* geführt haben.

¹⁴ N. N.: Lageso-Chef Allert tritt zurück, Rundfunk Berlin-Brandenburg Online, Berlin, 9. Dezember 2015, o. S., Online: <https://www.rbb-online.de/politik/thema/fluechtlinge/berlin/2015/12/mueller-forderung-neue-lageso-spitze.html>

¹⁵ Fahrur, Joachim: Berlins Sozialsenator Czaja entging einem Rauswurf, Berliner Morgenpost Online, Berlin, 13. Dezember 2015, o. S., Online: <http://www.morgenpost.de/berlin/article206817855/Berlins-Sozialsenator-Czaja-entging-seinem-Rauswurf.html>

¹⁶ <http://www.berliner-register.de/projektvorstellung-register>



2.2.2. Motivlage

Mit 58 Vorfällen war die *antimuslimische Rassismus/Muslimfeindschaft* die treibende Motivation bei den Vorfällen. Allerdings relativiert sich dies dadurch, dass 52 Fälle auf die "BärGiDa"-Demonstrationen entfallen. Darüber hinaus wurden noch fünf weitere Fälle (Mitte bzw. Wedding) registriert.

Die "BärGiDa" versteht sich schon ihrem Namen nach als antimuslimische Bewegung, daher wird sie innerhalb des Registers dem *antimuslimischen Rassismus* zugeordnet. Allerdings hat sich die politische Ausrichtung der Gruppierung im Lauf des Jahres weiter radikalisiert: Zunächst ging es vor allem um den Islamismus im engeren Sinne, in den letzten Monaten des vergangenen Jahres überwog die Kritik an der Bundesregierung und ihrer Flüchtlingspolitik. Daher ist die durchgängige Einordnung unter der Rubrik *antimuslimischer Rassismus* dem Bestreben nach einer Kontinuität in der Erfassung geschuldet.

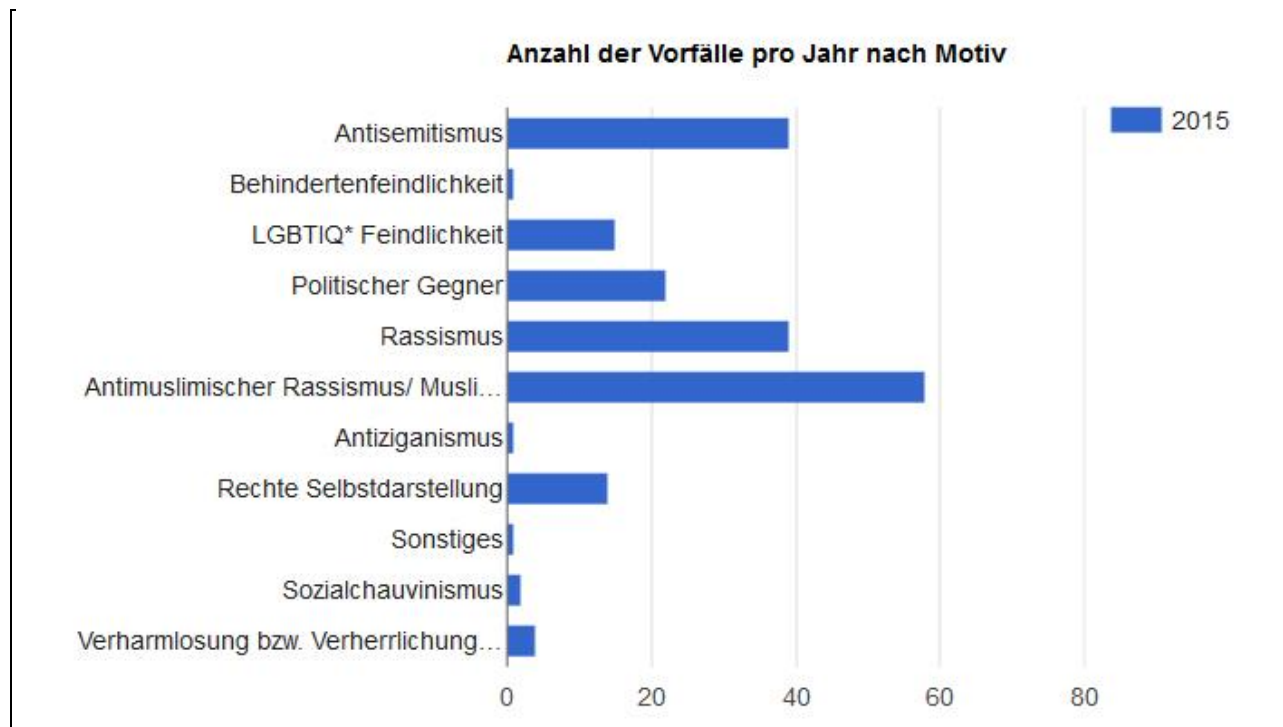
Mit einigem Abstand rangierte an zweiter Stelle der klassische *Antisemitismus* (39), der im Vorjahr noch die meisten Fälle auf sich vereinigte. Bei der Erfassung der antisemitischen Vorfälle konnten wir auf die Meldungen des "Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus" (JFDA) zugreifen. Die Vorfälle richteten sich gegen jüdische Personen und Einrichtungen. Es handelte sich u. a. um *Angriffe* (7), *Bedrohungen* (8) und *Sachbeschädigungen* (8). Diese Vorfälle konzentrierten sich auf den südlichen Bereich des Bezirks: *Mitte* (15), *Tiergarten* (8), *Moabit* (7), *Wedding* (5) und *Hansaviertel* (2). Nur im Bereich *Gesundbrunnen* wurde kein *Antisemitismus* registriert.

Bei der dominierenden Motivlage war so eine Zweiteilung zu vermelden: Während in den Ortsteilen *Tiergarten*, *Wedding* und *Gesundbrunnen* der *antimuslimische Rassismus* vorherrschte, war es in den Ortsteilen *Mitte*, *Moabit* und *Hansaviertel* der *Antisemitismus*. Ansonsten aber war die Motivation der Täter in den verschiedenen Ortsteilen höchst unterschiedlich.

Zusätzlich zum *antimuslimischen Rassismus* wurden an dritter Stelle 38 Fälle von *Rassismus* im Allgemeinen erfasst. Schwerpunkte waren hier *Mitte* (16), *Wedding* (9) und *Tiergarten* (9).

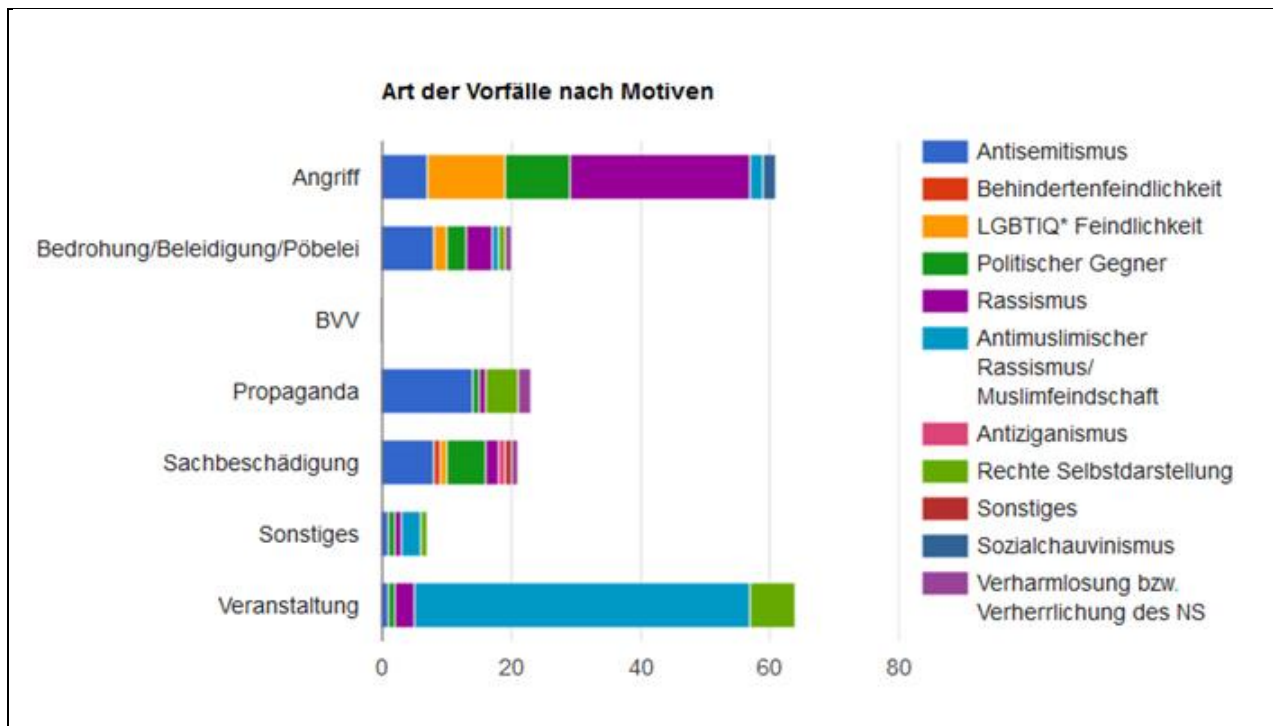
Vorfälle einer Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung (*LGBTIQ*) waren mit insgesamt 15 Vorfällen, die sich auf *vier* Ortsteile verteilten, zu verbuchen. Hier stellt sich die Frage, ob Berlin seinem Image als weltoffene, tolerante Stadt noch gerecht wird. Für diesen Bereich kann keine Entwarnung gegeben werden, zumal hier ein Abgleich mit der Kriminalitätsrate bzgl. "herkömmlicher" Sexualstraftaten notwendig wäre. Außerdem ist unklar, wie hoch die Dunkelziffer in diesem Bereich einzuschätzen ist.

"Einzelfälle" gab es in den Kategorien *Antiziganismus* (Tiergarten), *Behindertenfeindlichkeit* (Tiergarten) und *Sozialchauvinismus* (je ein Fall in Mitte und Wedding) In diesen Bereichen muss von einer erheblichen Dunkelziffer ausgegangen werden.



Angesichts der Zunahme der Veranstaltungen trat die rechte Szene selbstbewusster und zugleich offensiver in Erscheinung: Sowohl bei der *Rechten Selbstdarstellung* sowie der *Verharmlosung und Verherrlichung des NS-Regimes* stieg die Zahl der Vorfälle auf ein Mehrfaches (von 2 auf 18) gegenüber dem Vorjahr. Auffallend war, dass die *Rechte Selbstdarstellung* nur noch vier Fällen (= 22 Prozent) Bezug auf die Historie des "Dritten Reiches" nahm. Die rechte Szene wählt sich heutzutage - siebzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Untergang des NS-Unrechtsregimes - offensichtlich einen anderen Bezugsrahmen für ihre Identitätsstiftung.

Parallel zur eigenen Selbstdarstellung stieg auch das Bedürfnis, sich gegenüber dem Anderen abzugrenzen. So stiegen die Vorfälle in der Rubrik *Politischer Gegner* um ein Mehrfaches (von 4 auf 21) an.



2.2.3. Örtliche Verteilung

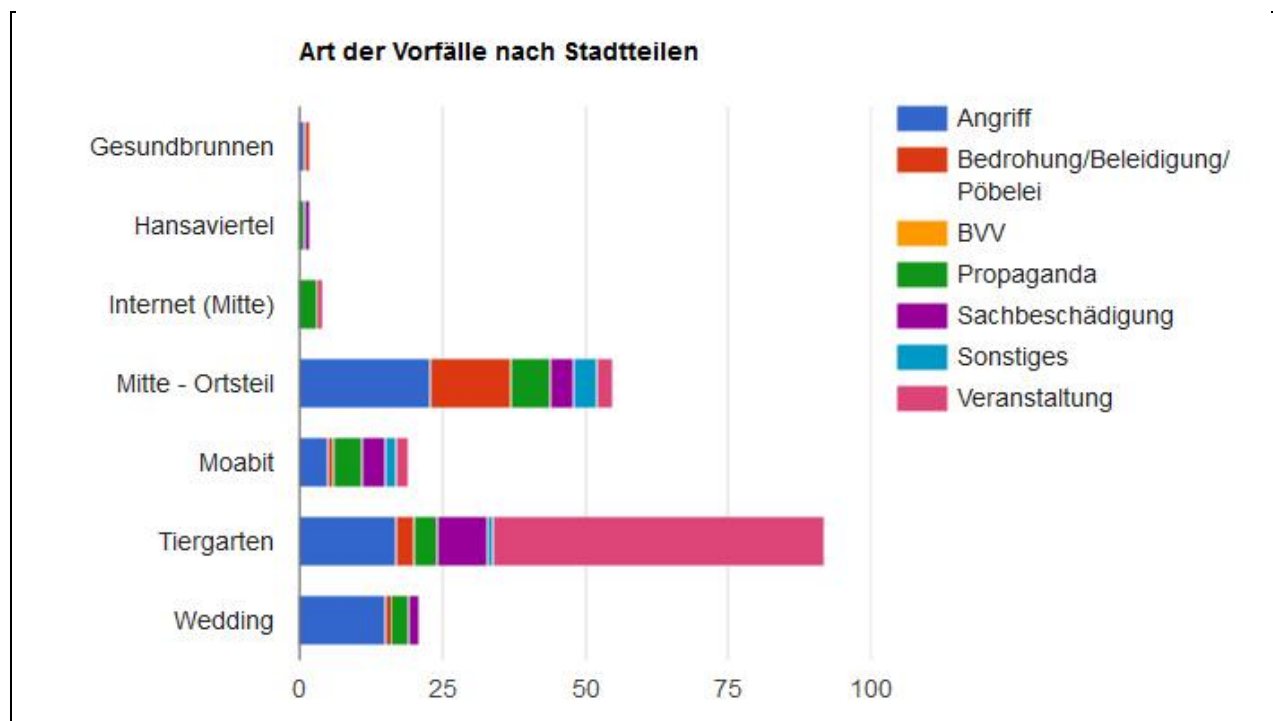
Was das Erfassungsgebiet anbelangt, war die Verteilung der Vorfälle höchst unterschiedlich mit einem Süd-Nord-Gefälle: Nach wie vor extrem hoch ist die Zahl der Vorfälle im Ortsteil *Mitte* (55), also der Innenstadt beidseits der Straße Unter den Linden und dem Alexanderplatz als einem Kriminalitätsschwerpunkt. Daran schließt sich im Westen der *Tiergarten* an, der mit seinen zahlreichen Demonstrationen an oberster Stelle rangiert (51 "Bärgida"-*Veranstaltungen* und 41 sonstige Vorfälle).

Durchschnittlich häufig gab es Vorfälle in *Moabit* (18) und *Wedding* (21). Überraschend wenige Vorfälle waren aus dem *Gesundbrunnen* (2) zu vermelden, obwohl dieser als ein Schwerpunkt bei der Allgemeinkriminalität gilt. Wie im letzten Jahr blieben die Vorfälle im kleinen *Hansaviertel* (ca. 5.547 Einwohner) gering (2). Auffallend ist, dass in den relativ mondänen Stadtvierteln in der Innenstadt die Zahl der Vorfälle wesentlich höher war, als in den alten Arbeiterbezirken mit einem hohen Migrantenanteil weiter nördlich.

Der Anteil der *Angriffe* war auf die Stadtviertel höchst unterschiedlich verteilt: Eine besonders hohe Gewalttätigkeit war in *Mitte* (23), *Tiergarten* (17) und dem *Wedding* (15) zu verzeichnen, während es in *Moabit* (5) und *Gesundbrunnen* (1) relativ friedlich blieb. Im Hansaviertel ereigneten sich keine körperlichen *Angriffe*. Überraschenderweise blieb es in der Regel nicht bei einer bloß verbalen *Bedrohung/Beleidigung*, vielmehr muss konstatiert werden, dass es meist tatsächlich zu einem tätlichen *Angriff* kam (60 *Angriffe* gegenüber 20 *Bedrohungen*). Besonders krass war dieses Missverhältnis im *Wedding*: hier mündete eine verbale Auseinandersetzung fast immer in einer Handgreiflichkeit (15:1). Auch im *Tiergarten* (17:3) und in *Moabit* (5:1) kam es i.d.R. zu einer physischen Eskalation, während es im *Gesundbrunnen* (1:1) in der Hälfte der (wenigen) Fälle friedlich blieb.

Hingegen stach bei den *Bedrohungen/Beleidigungen* der Ortsteil *Mitte* mit 14 von insgesamt 18 Fällen heraus. Der im Vergleich zu anderen Stadtteilen überdurchschnittlich hohe Anteil an *Bedrohungen/Beleidigungen* im Ortsteil *Mitte* begründet sich überwiegend auf eine erhöhte rassistische, antisemitische oder homophobe Motivation. Viele dieser Vorfälle ereigneten sich vorrangig dort, wo eine stark heterogene, bunt gemischte Zusammensetzung an Menschen anzutreffen ist. Dies betrifft vor allen Orte mit einem hohen Anteil an Durchreisenden und Touristen wie Bahnhöfe, Clubs und Veranstaltungsorte. Demgegenüber war die Zahl der *Bedrohungen/Beleidigungen* in den anderen Ortsteilen relativ gering: *Tiergarten* (3), *Moabit*, *Wedding* und *Gesundbrunnen* (jeweils 1).

Desweiteren verfügen das Zentrum von Berlin-*Mitte* und der *Tiergarten* über sehr viele Einrichtungen und Gedenkstätten mit einer symbolträchtigen Außenwirkung, die für Menschen mit einer fremdenfeindlichen, rassistischen oder antisemitischen Gesinnung eine "attraktive" Kulisse bietet um ihre diskriminierenden Weltanschauung in Szene zu setzen. Daher ist es nicht verwunderlich, dass sich hier die Sachbeschädigungen konzentrierten: *Tiergarten* (9), *Mitte* (4) und *Moabit* (4), ferner *Wedding* (2) und *Hansaviertel* (1). Beschädigungen oder Schmierereien und das Anbringen rassistischer Parolen ereigneten sich vor allen im Schutz der Dunkelheit oder an den weniger beaufsichtigten Gedenkstätten im Bereich des Großen Tiergartens. In den übrigen drei Ortsteilen gab es keine *Sachbeschädigungen*.



2.3. Besondere Einzelaspekte

2.3.1. Angriffe auf Flüchtlingsheime

Die, mit der Zuwanderung von 1,1 Millionen Menschen nach Deutschland entstandene, sogenannte "Flüchtlingskrise" hat im gesamten Bundesgebiet zu über 1.000 rechtsradikalen Angriffen auf (potentielle) Flüchtlingsheime geführt. Obwohl auch im Bezirk Berlin-Mitte mehrere Flüchtlingsunterkünfte eingerichtet wurden, wurde für das Erfassungsgebiet nur ein einziger Sabotageangriff auf die Flüchtlingsnotunterkunft der "Stadtmission" in der Kruppstraße (*Moabit*)

registriert (10.5.): Aus der Verankerung einer Traglufthalle wurde ein Bolzen entfernt, bei drei weiteren Bolzen scheiterten die Täter.

2.3.2. Schändung von Denkmälern

Mehrere jüdische Denkmäler, Gedenktafeln und Stolpersteine wurden geschändet:

- Denkmal für die ermordeten Juden Europas in der Ebertstraße (19.5.)
- Denkmal zur Erinnerung an den Abtransport der Juden in die KZs in der Levetzowstr. 7/8 (9.11.)
- Denkmal zur Erinnerung an den Abtransport der Juden in die KZs in der Ellen-Epstein-Straße (9.11.)
- Deportationsdenkmal zur Erinnerung an den Abtransport der Juden in die KZs auf der Putlitzbrücke (31.7., 17.8. und 9.11.)
- Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma im Simsonweg (29.10)
- Denkmal für die Opfer des NS-Euthanasieprogramms in der Tiergartenstraße (5.8.)
- Denkmal zur Erinnerung an die Kindertransporte bzgl. der Verschickung jüdischer Kinder nach Großbritannien in der Georgenstraße am S-Bahnhof Friedrichstraße (16.7.)
- Gedenktafel für einen jüdischen Arzt am Magnus-Hirschfeld¹⁷-Ufer gegenüber dem Kanzleramt (18.5., 6.6. und 30.6.)
- Stolperstein in der Neuen Jakob Straße (18.8.)

2.3.3. Internet

Das Internet dient durch seine "sozialen Medien" Propagandazwecken, darüber hinaus wird es mittlerweile als Hass- und Hetzmedium missbraucht. In Berlin-Mitte spielte es 2016 zahlenmäßig nur eine untergeordnete Rolle. Allerdings kommt es hier nur in wenigen Fällen zu Anzeigen. Außerdem haben die Ermittlungsbehörden das Problem, eine IP-Adresse einer bestimmten Adresse bzw. Person zuzuordnen. Aus diesen Gründen dürfte die Dunkelziffer der Vorfälle im Internet besonders hoch sein.¹⁸

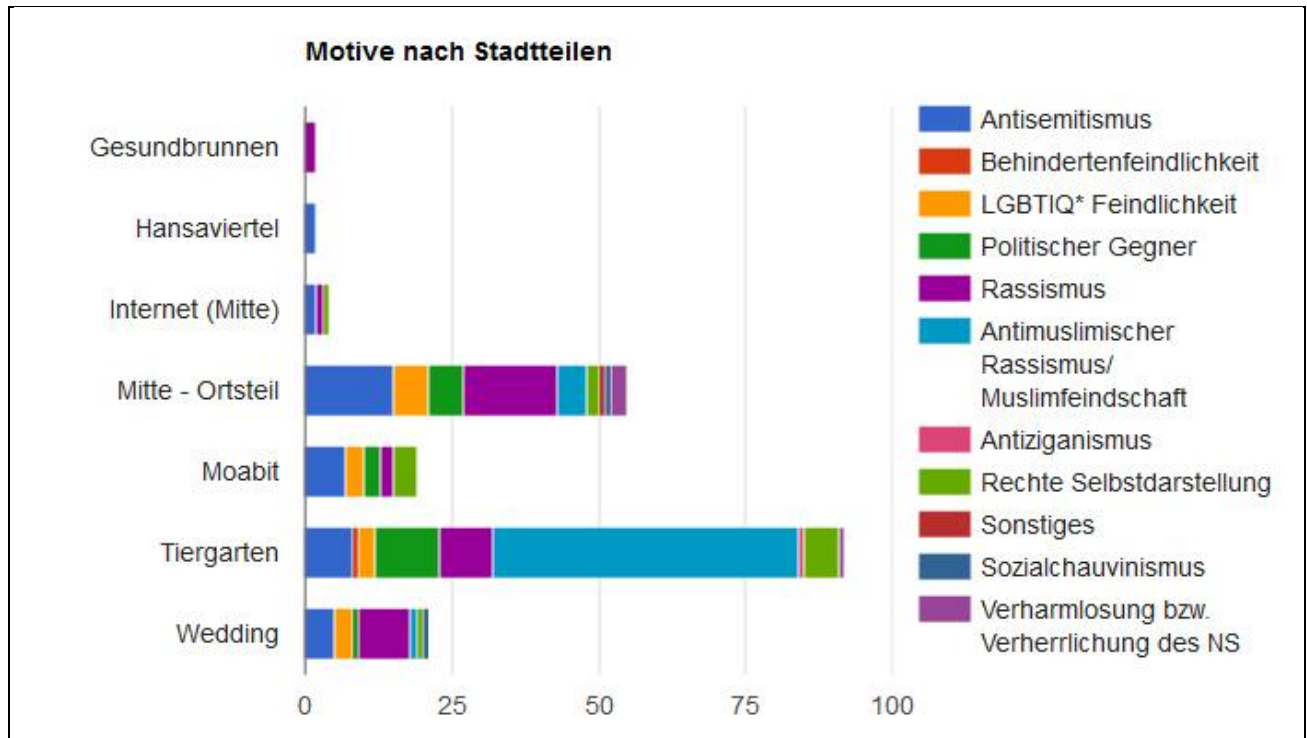
In der Kategorie "Internet" wurden vier Fälle erfasst: Am 26.2. wurde die Facebook-Seite der "European Maccabi Games Berlin 2015" von Unbekannten gehackt, am 21.8. wurde ein Blogger wegen Hetze im Internet verurteilt (das genaue Datum seiner Tat wurde hier nicht bekannt), am 19.11. verschickte ein Unbekannter eine Hassmail an 30 Organisationen bzw. Willkommensgruppen in ganz Berlin (u. a. "Moabit hilft!" und "Wedding hilft!") und am 25.11. wurde die Facebook-Seite der "Meschugge-Party" von Unbekannten gehackt.

Darüber hinaus gab es weitere Fälle, in denen Täter Hassmails verschickten und die daher einem bestimmten Ortsteil (absendender Täter oder Adressat) zugeordnet werden konnten: Die Jüdische Gemeinde zu Berlin erhielt am 10.7. eine antisemitische Email, der Zentralrat der Juden in der Tucholskystraße (Mitte) erhielt am 8.8. und am 6.11. antisemitische Emails. Am 17.8. verbreitete ein Blogger aus der Hochstädter Straße (Wedding) eine Hassmail. Am 25.8. wurde bekannt, dass mehrere Mitglieder der Willkommensgruppe "Moabit hilft!" per Email (Mord-)Drohungen erhalten hatten, nachdem eines der Vereinsmitglieder mutwillig den angeblichen Tod eines Flüchtlings am LAGeSo vermeldet hatte. Ebenso verschickte ein Blogger in der Dorotheenstraße (Mitte) am 28.10. eine antisemitische Hassmail. An dieser Stelle sei auf die

¹⁷ Magnus Hirschfeld (geb. 14. Mai 1868 in Kolberg, gestorben am 14. Mai 1935 in Nizza) war ein deutscher Arzt jüdischer Abstammung, Sexualforscher und Mitbegründer der ersten Homosexuellen-Bewegung.

¹⁸ Vorfälle im Cyberspace werden nur dann in dieser allgemeinen Kategorie "Internet" erfasst, wenn der Täter von den Sicherheitsbehörden nicht lokalisiert werden konnte.

aktuelle Diskussion über Cybermobbing, Shitstorms und rassistische Hetze im Internet verwiesen.¹⁹



2.3.4. Öffentlicher Nahverkehr

Einer der Schwerpunkte der Vorfälle war der Öffentliche Nahverkehr, was auch im dichten S- und U-Bahn-Netz des Berliner Stadtzentrums begründet liegt. Das Gedränge der Innenstadt begünstigt das Auftreten von offenen Anfeindungen eher als in ruhigen Stadtlagen, bietet aber jenen Straftaten, die auf ein unbeobachtetes Umfeld angewiesen sind, weniger geeignete Gelegenheiten. Abgesehen von den wöchentlichen Aufmärschen am Hauptbahnhof wurden insgesamt 27 Vorfälle im Öffentlichen Nahverkehr verzeichnet. Sie ereigneten sich innerhalb der Stationen bzw. in deren unmittelbarem Umfeld.

Folgende *Angriffe* wurden verzeichnet: Alexanderplatz (25.5.), Amrumer Straße (zweimal am 22.5.), Gesundbrunnen (28.12.), Hackescher Markt (3.12.), Hauptbahnhof (zweimal am 16.3., außerdem am 7.11.), Klosterstraße (9.5.) und eine Attacke in einer S-Bahnlinie (27.3.). Bei dem Vorfall im Dezember in der S-Bahnstation Hackescher Markt soll der rassistische Angriff von Fahrkartenkontrolleuren ausgegangen sein. Außerdem kam es zu folgenden *Beleidigungen/Bedrohungen*: Alexanderplatz (9.5., 10.5.), Friedrichstraße (5.8.), Hackescher Markt (28.3.), Leopoldplatz (28.5.), Schillingstraße (30.12.), Wedding (5.6.) und in der U-Bahnlinie "U8" (19.2.).

Aufgrund des hohen Besucherverkehrs wurden die Stationen wiederholt für *Propaganda* in unterschiedlichster Form genutzt: Alexanderplatz (3.12.), Birkenstraße (24.7.), Friedrichstraße (17.3.), Hauptbahnhof (9.12., 10.12 und 12.12.), Jannowitzbrücke (13.11.), Rosenthaler Platz (28.3.) In einem Fall wurde das jüdische Denkmal vor dem S-Bahnhof Friedrichstraße (16.7.) geschändet.

¹⁹ <https://de.wikipedia.org/wiki/Shitstorm>

Hinzu kamen die 51. Montagsdemonstrationen der BärGiDa auf dem Washingtonplatz unmittelbar vor dem Hauptbahnhof. Von hier aus marschierten die Demoteilnehmer zu Fuß zu ihren Demozielen in Moabit oder in Mitte, oder sie fuhren vom Hauptbahnhof mit der S- oder U-Bahn zu anderen Stationen, um von dort aus weiterzumarschieren.

2.4. Monatliche Verteilung

Die zeitliche Verteilung der Vorfälle auf die einzelnen Monate war im Jahresverlauf höchst unterschiedlich: Jan. (8), Feb. (12), März (17), April (8), Mai (30), Juni (18), Juli (17), Aug. (22), Sept. (12), Okt. (19), Nov. (19) und Dez. (14). Anscheinend folgt die Zahl der Vorfälle dem "normalen" Jahresablauf: Relativ wenige Fälle im Winter, danach ein starker Anstieg zum Frühling im Mai, danach wieder ein Abflachen während der Urlaubsmonate im Sommer, wenn viele Berliner verreist sind, und ab Oktober nochmal ein Anstieg bis zum Jahresende.

2.5. Vergleich gegenüber dem Vorjahr

Das Register Mitte wurde erst im August 2014 gegründet. Dennoch wurden die Vorfälle für den Zeitraum Januar bis Juli 2014 - soweit möglich - rückwirkend erfasst und für das ganze Jahr nachgetragen. Dabei ergab sich die Einschränkung, dass Meldungen, die auf eine direkte Bürgerbeteiligung zurück zu führen waren, entsprechend gering ausfielen. Ein Vergleich der Jahre 2014 und 2015 ist daher nur bedingt möglich, dessen ungeachtet aber aufschlussreich:

Heraus sticht die enorme Steigerung der registrierten Ereignisse von 79 auf 196 Fälle. So erhöhten sich die *Angriffe* gegen Personen um 50 Prozent (von 40 auf 60 Fälle) und die Zahl der *Sachbeschädigungen* um 133 Prozent (von 9 auf 21). Insbesondere durch die monatlichen BärGiDa-Demonstrationen stieg der (*antimuslimische*) *Rassismus* exorbitant um 273 Prozent (von 26 auf 97). ! Demgegenüber stieg der *Antisemitismus* "nur" um 22 Prozent (von 32 auf 39). Anscheinend fand hier eine Verlagerung vom *Antisemitismus* zum Antiislamismus statt. Politisch besonders brisant waren 2015 die vier Anschlagversuche gegen die zentralen Staatsorgane (Bundespräsident, Bundestag und Bundeskanzleramt) durch einen Einzeltäter.

Vor allem die Zahl der *Veranstaltungen* hat sich vervierfacht (von 16 auf 64). Dies ist auf die Gründung der so genannten "Berliner Patrioten gegen die Islamisierung des Abendlandes" (BärGiDa) im Januar 2015 zurückzuführen, die im Verlauf des Jahres ca. 52 "Abendspaziergänge" durchführte. Parallel zur Zahl der rechtsgerichteten Veranstaltungen stieg logischerweise auch die Selbstinszenierung der Rechten. Hier musste in allen Kategorien eine Vervielfachung der Vorfälle registriert werden: die *Propaganda-Delikte* (von 2 auf 23) und die Zahl der *Rechten Selbstdarstellungen* steigerte sich (von 1 auf 14), ebenso wie die *Verharmlosung bzw. Verherrlichung des NS-Regimes* (von 1 auf 4).

Was das Erfassungsgebiet anbelangt, gab es unterschiedliche Trends gegenüber 2014: Während die Zahl der Vorfälle im *Tiergarten* - wiederum durch die 52 "BärGiDa"-Montagsdemonstrationen – um mehr als das Sechsfache anstieg (von 14 auf 86) und in den Ortsteilen *Moabit* sowie *Wedding* jeweils eine Verdreifachung festzustellen war, fiel die Steigerung in *Mitte* relativ moderat (22 Prozent) aus. Im kleinen *Hansaviertel* stagnierten die Vorfälle und im *Gesundbrunnen* gingen sie sogar zurück.

So waren 2015 nur zwei positive Entwicklungen erfreulich, die aber angesichts des allgemeinen Trends zahlenmäßig kaum ins Gewicht fielen: die geringfügigen Abnahmen beim *Antiziganismus* (von 3 auf 1) und der Rückgang der Vorfälle im Ortsteil *Gesundbrunnen* (von 6 auf 2).

3. Aussichten für 2016

Auch im Jahr 2016 wird der Zustrom der Flüchtlinge nach Berlin anhalten. Zwar kann die Stadtverwaltung beim LAGeSo etc. ihre Handlungsoptionen noch steigern, dennoch ist mit einer Verschärfung der Flüchtlingssituation zu rechnen, da in der öffentlichen Meinungsbildung ein gegen Geflüchtete gerichteter Populismus erstarkt.

Die deutsche Bevölkerung galt lange Zeit als weitgehend entpolitisiert, dies hat sich durch die Flüchtlingswelle geändert. Während die rechten "Wutbürger" lautstark ihre Ängste und rassistischen und xenophoben Forderungen äußern, werden Menschen die sich in Willkommensgruppen zusammenschließen, um den Flüchtlingen bei ihrer Integration in Deutschland zu helfen als „Gutmenschen“ diffamiert. Die Helfer, die trotz guten Willens zunehmend an ihre personellen und materiellen Grenzen geraten werden zusätzlich vermehrt durch rechtsradikale Gruppe angefeindet und bedroht. Am 18. September 2016 findet die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus statt. Noch lässt sich nicht absehen, wie sich diese politischen Veränderungen auf das etablierte Parteiensystem auswirken werden.

Außerdem werden im kommenden Jahr die sozialen Verdrängungseffekte - neue Flüchtlinge versus Hartz-IV-Empfänger und Sozialbedürftige - erstmals offensichtlich werden, während die allgemeine Gentrifizierung weiter voranschreitet. Aus diesem Grund ist damit zu rechnen, dass die gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen über die Flüchtlingsproblematik zunehmen werden, was sich auch in einer erhöhten Anzahl an Kundgebungen, Gegenkundgebungen und Angriffen insbesondere gegen Migranten niederschlagen wird.

Die Jahresstatistik 2015 zeigt, dass im Hansaviertel nördlich der Straße des 17. Juni kaum Vorfälle gemeldet wurden. Hier stellt sich die Frage, ob es tatsächlich nur so wenige Zwischenfälle gab oder ob dies lediglich auf eine Erfassungslücke zurückgeführt werden muss. Jedenfalls muss im Verlauf des Jahres 2016 hier das Register Berlin bekannter gemacht werden.

Für das laufende Jahr 2016 wird Register Berlin-Mitte weiterhin die Kontakte mit Organisationen und Vereinen knüpfen, die sich für ein weltoffenes Berlin einsetzen. Die bestehenden Verbindungen sollen vertieft werden, damit die Erfassung von niedrigschwelligen Vorfällen erleichtert wird. Das Hauptaugenmerk liegt hierbei auf einer Intensivierung der Zusammenarbeit mit Organisationen für Migranten und Geflüchtete sowie Verbände für Sinti und Roma. Es darf mit trauriger Gewissheit davon ausgegangen werden, dass die Dunkelziffer von diskriminierenden Vorfällen im Bereich einer sozialdarwinistischen Ausgrenzung von Randgruppen höher liegt als im aktuellen Jahresbericht abgebildet. Es gilt das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass Diskriminierung bereits da anfängt, wo einem Mitmenschen das Recht auf Hilfe aufgrund der Herkunft, der Religion und der Andersartigkeit versagt wird.

Register Berlin Mitte - Auswertung 2015
© NARUD e.V.
Berlin, Februar 2016

Redaktion: Almut Huss, Mayk Müller, Gerhard Piper

Adressen:

Registerstelle Berlin Mitte
NARUD e.V.

Genter Straße 7
13353 Berlin
Mail: register@narud.org
Phone: (+49) 30 915 154 16
Web: www.narud.org

Weitere Registrierungsstellen im Bezirk Berlin-Mitte:

Wendepunkt gGmbH

Gottschedstr. 4
13353 Berlin
Mail: info@team-wendepunkt.de
Phone: (+49) 30 683 232 83
Web: www.team-wendepunkt.de

Fabrik Osloer Straße e.V.

Osloer Str. 12
13359 Berlin
Mail: geschaeftsfuehrung@fabrik-osloer-strasse.de
Phone: (+49) 30 347 299 05
Web: www.fabrik-osloer-strasse.de



Network African Rural and Urban Development e.V.

